

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
18. September 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Clara Joffin (Zunehm), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Das Friedensgestade. — Die Arbeitslosigkeit. — Die neue Mutter-  
schaftsfürsorge in der Praxis. Von Fr. Klees. (Schluß.) — Gewerk-  
schaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.

## Das Friedensgestade.

Wenn das Gewitter sich mit höchster Gewalt über den sturmgepeitschten Meereswogen entläßt, wenn das Schiff in der schwarzen Nacht dem aufgewühlten Element preisgegeben ziellos umhertreibt, zeigen sich der Mannschaft vielleicht gerade zwischen krachenden Donnerschlägen im grellen Lichte eines aufleuchtenden Blizes am Horizont die friedlichen Umrisse des rettenden Gestades. So scheint jetzt aus dem Schrecken des Weltkrieges die erste Möglichkeit einer friedlichen Wendung aufzutauhen.

Freilich: einzelne Stimmen des Hasses in der Presse predigen die gegenseitige Zerfleischung der Nationen und der Staaten. In der hungrigen Phantasie dieser Leute ist Belgien schon deutsche Provinz, Holland ein deutscher Bundesstaat, Marokko eine deutsche Kolonie. Von den leitenden Kreisen ist solchen Phantasten bereits ein Eimer kühles Wasser über den Kopf geschüttet worden. Allein wir wissen, wie zäh die Kreise der Überpatrioten an ihren Phantasien festhalten, und wie gefährlich für Deutschland schon die Äußerung ihrer Appetite in der Öffentlichkeit ist.

Nicht Eroberung, sondern die Niederzwingung des russischen Zarismus war der Zweck des Krieges, wie ihn Regierung und Volksvertretung vor aller Welt in völliger Übereinstimmung proklamiert haben. Und dieser Zweck ist auch von der sozialdemokratischen Fraktion in ihrer Erklärung als der ausschlaggebende Grund anerkannt worden, weshalb sie dem Kriege ihre Zustimmung und Mitwirkung ließ. Nach so vielen Schlachten und Siegen, nach einer so energischen Aktion der deutschen Waffen im Westen und auch im Osten, darf man nunmehr wohl die Frage stellen: Sind wir dem Ziele des Krieges näher gerückt?

Der Verlauf der Dinge im Westen erlaubt allem Anschein nach die Frage zu bejahen. Die Politik der Bündnisse, die wir seit jeher kritisierten, hat dazu geführt, daß als der Allierte Rußlands Frankreich gegen die deutschen Heere im Kampffelde stand. Nunmehr ist der Widerstand dieses Bundesgenossen des Zarismus in seiner Hauptmacht gebrochen, die französische Offensive ist zurückgeschlagen. Lauter und deutlicher noch als die Berichte des deutschen Generalstabs spricht von der bedrängten Lage des französischen Heeres die eine Tatsache, daß die Führer der sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs Sitz und Amt in der Regierung der Republik angenommen haben. Zu Les Guesde und Marcel Sembat stehen auf dem äußersten linken Flügel des französischen Sozialismus und haben seinerzeit gegen das ministerielle Experiment Millerands all ihre Energie und ihren Einfluß eingesetzt. Männer dieser charakterfesten Art treten nicht in ein bürgerliches Ministerium ein, wenn ihrer Überzeugung nach

nicht alles auf dem Spiele steht: Vaterland, Republik, Unabhängigkeit, Freiheit. Guesdes und Sembats Schritt ist von der Befürchtung diktiert, daß für die Republik aus der nationalen Gefahr und Demütigung das drohende Geistes des Zjarismus, der inneren Reaktion aufsteigen könnte. Ihr Eintritt ins Ministerium ist ein lauter Schrei aus tiefster nationaler Not. Und gerade deshalb ist die Beteiligung dieser Männer des glühenden sozialistischen und internationalen Glaubens an der französischen Regierung eine Bürgschaft dafür, daß ein ehrenvoller Friede mit Frankreich möglich ist. Ja mehr noch: diese Männer, denen jeder Revanchegedanke grundsätzlich fern liegt, die den alten Revanchewahn in ihrem Lande mit Zähigkeit und Mut bekämpften, sie werden als die ersten dafür sorgen, daß das zurückgeworfene, aber nicht gedemütigte Frankreich die dargebotene Hand zum Friedensbund mit Deutschland ergreift.

Welche segensreichen Aussichten eröffnet ein solcher Friedensbund für die europäische Kultur, für die Zyklopenarbeit der Völker, die in der nächsten Zukunft notwendig sein wird, um den Schutt und die Trümmer wegzuräumen, die der jetzige Krieg hinterläßt, um die blutigen Spuren seines Zuges zu verwischen, um dem unglücklichen Belgien das Gefühl der Sicherheit und der nationalen Selbständigkeit wieder zu geben, um der russischen Freiheitsbewegung die Wirkungen dieser Weltkatastrophe nun wirklich zugute kommen zu lassen! Alle diese lichtereren, tröstenden Aussichten würden vernichtet werden, wenn die weiteren Geschehnisse jenen unheimlichen Weg nehmen sollten, den einzelne Fanatiker weisen. Denn der Krieg, der unter den Auspizien der nationalen Verteidigung und der Friedensabsichten begonnen wurde, würde dann neue Drachensaat der Gegensätze austreuen, neue Feindschaften schaffen, nie zu verichmerzende Demütigungen zufügen, nie heilende Wunden schlagen. Aus einem solchen Ausgang der Dinge könnte nur der russische Absolutismus neue Lebenskräfte ziehen, wie er bisher seine Existenz von dem deutsch-französischen Gegensatz fristete. Der oberste Ruf dieses Krieges: nieder mit dem Zarismus! kann deshalb heute mit anderen Worten so formuliert werden: ehrenvoller Friede mit Frankreich! Der alte deutsche Patriot Ludwig Börne hat einmal gesagt: „Deutschland und Frankreich vereint können alles erreichen und alles verhindern.“ Heute können Deutschland und Frankreich vereint der Menschheit den ersehnten Frieden wiedergeben, auf daß sie nach den Schauern des Weltkrieges aufatme. Sie können verhindern, daß der Taumel des Völkerhasses immer weitere Länder ergreift und Werke jahrtausendealter Kultur in Schutt und Asche aufgehen.

## Die Arbeitslosigkeit.

Während der Krieg seine Geißel über die Völker schwingt, während er auf den Schlachtfeldern im Westen und Osten mit einem einzigen Hauch Tausende blühender Menschenleben auslöscht, fällt in der Heimat ein anderer erbarmungsloser Feind

über die breitesten Massen her: die Arbeitslosigkeit. Arbeitslos, das Wort klingt für den Proletarier ehern, wie die Pojanne des jüngsten Gerichtes. Weiß er nicht aus harter Erfahrung, daß arbeitslos gleichbedeutend ist mit brotlos, vielleicht auch mit obdachlos und heimatlos? Weiß er nicht, daß die Seinen hungern müssen, wenn seine Hände unfreiwillig seiern? Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die die letzte wirtschaftliche Krise der deutschen Arbeiterklasse schlug. Als der Krieg ausbrach, hehten noch Tausende auf der Suche nach Beschäftigung von Betrieb zu Betrieb, und nicht wenige mußten die Einberufung zur Fahne als eine zeitweilige Lösung der Existenzfrage für sich und die Ihrigen begrüßen, ja meldeten sich um dieser Lösung willen freiwillig. Konnte der Hinblick auf Verstümmelung und Tod Proletarier schrecken, da doch der Kapitalismus im Frieden sie tagtäglich mit Verderben und Sterben bedroht? Die Ziffern der Unfallstatistik und der Berufskrankheiten allein schon bezeugen das.

Des Krieges gepanzerte Faust griff mit zermalmender Wucht in das Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft der Nationen und des Weltmarktes. Hunderte, Tausende von Stätten der Arbeit sind geschlossen oder gewähren nur unregelmäßige und farge Verdienstgelegenheit. Das Heer der Arbeitslosen, der Halb- und Viertelsbeschäftigten ist heute bereits riesengroß und schwillt mit jedem Tag mehr an. Zu den Proletariern der Handarbeit gesellen sich in gleicher bitterer Not unabsehbare Scharen von Handels- und Bureauangestellten, Privatbeamten, Journalisten, Schriftstellern, Kunstgewerblern, Künstlern, Träger aller möglichen liberalen Berufe, stoßen wachsende Mengen von Handwerfern, kleinen Geschäftsleuten, kurz sogenannten „Mittelständlern“. Das Arbeitslosenelend zieht seine schwarzen Kreise weit, weit über das Proletariat hinaus, und noch stehen wir erst am Anfang der Kriegseinwirkungen auf das Wirtschaftsleben im Deutschen Reich, Einwirkungen, die sich mit der Dauer des Ringens der Völker steigern müssen.

Arbeitslosigkeit in den Zeiten des Krieges, scheint das nicht ein Widerspruch? Müßte der Krieg nicht umgekehrt Arbeitsgelegenheit in drängender Fülle schaffen, und zwar ganz allgemein, über die einzelnen Industrien hinaus, denen er stärkeren, fieberhaften Pulsschlag verleiht? Millionen Männer, die sonst mit Hand und Hirn tätig sind, hat sein Machtgebot der friedlichen Arbeit entzogen. Man sollte meinen, daß ihre Plätze nicht leer stehen, daß die von ihnen erzeugten Werte nicht ungeschaffen bleiben dürften. Der Krieg verschlingt jeden Tag Unsummen, seine Anforderungen an den Schatz des Volkes können nur bei reichem, kraftvollem Wirtschaftsleben getragen werden. Schließlich ist der Hunger der Stärkere und frißt den Krieg.

Jedoch was als Widerspruch zu den Bedingungen des Krieges selbst auftritt, ist eitel Harmonie mit dem Wesen der kapitalistischen Ordnung und spiegelt eben darum Gegensätze wider, die von diesem Wesen untrennbar sind. Der Kapitalismus wirft die Staaten zum Vernichtungskampf auseinander, und eine chauvinistische Presse, blind für das Wohl des Vaterlandes, fabelt von der Todfeindschaft der Nationen. Der schwache, stoßende Odem der heimischen Wirtschaft läßt aber derweilen erkennen, wie vielerschlungen die international verbindenden Fäden sind, wie stark die Kräfte, die die Völker aufeinander anweisen. Blühende deutsche Industrien welken, siechen kümmerlich dahin, weil es ihnen an den unentbehrlichsten ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten fehlt, oder weil ihren Erzeugnissen der Markt jenseits der Reichsgrenzen verschlossen ist. Und der andere Widerspruch! Die Katastrophe des Weltkriegs hat vereint, was sonst geschieden ist: Nichtbesitzende und Besitzende, Proletarier und Bourgeois kämpfen und fallen Seite an Seite. Keine Parteien mehr, keine Klassen mehr, ein einzig Volk von Brüdern, so hören wir es in rauschenden Akkorden, seitdem der Reichstag mit der einstimmigen Bewilligung der Kriegskredite neben die Regierung getreten ist. Da fällt der dunkle, kalte Schatten der Arbeitslosigkeit auf die Potemkinsche Zynke und zwingt die Blicke auf die nicht

fortzudeklamierende Tatsache, daß Klassengegenätze bestehen, solange der Kapitalismus besteht.

Arbeitslosigkeit, was besagt das anders, als daß die Gehebe der kapitalistischen Gütererzeugung die Herrschaft über die Mittel zum Leben von Millionen in die Hand einer Minderheit legen! Was besagt es anders, als daß nach eben diesen Geheben der Vorteil der einzelnen Wenigen und nicht die Wohlfahrt der arbeitenden Gesamtheit die treibende Kraft der gesellschaftlichen Wirtschaft ist! Was besagt es anders, als daß in jedem Land jene zwei Nationen wohnen, die schon Disraeli in seinem sozialen Roman „Sybill“ in scharfen Umrissen gezeichnet hat! Wäre das nicht die simple Wirklichkeit, wie könnte sich während des jetzigen Kriegs Arbeitslosigkeit und Massenarmut dräuend emporreden? Um das Vaterland geht es, so wird uns versichert. Ist es dann nicht die erste, die heiligste Pflicht, dem Vaterland die gesunde Kraft zu erhalten, die Opfer des Kriegs zu tragen, unbefümmert darum, ob der eigene Besitz dabei wächst oder schwindet? Es ist aber nicht der begeisterte Schwur: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“, der uns aus dem Stimmengewirr der Unternehmer und Geldleute entgegenhält, deren Befehl die Fabrikatoren verrammelt und die Angestellten aus ihren Kontoren treibt. Schneidend schallen daraus die von Marx zitierten Worte: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere.“ Das klingt weder poetisch noch erbebend, noch gar patriotisch, allein es ist die Wahrheit, an der niemand vorbeikommt, der die Gefahren der geschichtlichen Stunde zu mindern, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufnimmt.

Nicht die mit überquellendem Enthusiasmus begonnene „Liebestätigkeit“ der bürgerlichen Gesellschaft, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die wahre Probe aufs Exempel der Vaterlandstreue, des nationalen Gemeinsamkeitsempfindens. Soll er mehr sein als bloße elegante Spiegelfechterei, so muß er die Rücksicht auf das Brot, die Ehre, das Recht der Beschäftigungslosen, mit einem Worte auf ihr Menschentum dem Drängen nach dem kapitalistischen Profit voranstellen. Die öffentlichen Gewalten im Reich und in den Bundesstaaten, zum Teil auch in den Gemeinden scheinen entschlossen, der Arbeitslosigkeit und der von ihr erzeugten Not ernsthaft zu wehren. Sie können, sie müssen sich bei ihrem Beginnen auf die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen stützen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben gemeinsam ein Minimumprogramm von sofort zu verwirklichenden Maßregeln ausgearbeitet, das den Weg weist, der beschritten werden muß, wenn der Arbeitslosigkeit gesteuert, wenn ihren Opfern Linderung gebracht werden soll.

Das A und O zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit, ist die Einhaltung der Arbeitsbedingungen, die die Gewerkschaften in zähem Kampfe dem Unternehmertum abgerungen haben. Es fehlt nicht an Industrien, deren Weizen jetzt auf den blutgedüngten Schlachtfeldern blüht. Wenn das vaterländische Gewissen der Unternehmer sich hier damit vertragen will, „die Konjunktur“ auszunützen, mittels endloser Arbeitstage erhöhten Profit aus der Arbeiterkraft herauszumünzen, so müssen die öffentlichen Gewalten und die Arbeiterorganisationen solchem wirklich staatsgefährlichen Treiben Halt gebieten. Einleuchtend ist die Notwendigkeit, die Arbeitsgelegenheiten zu vermehren. Neben den einzelnen haben dabei Reich, Bundesstaaten, Gemeinden eine großzügige Wirksamkeit zu entfalten und namentlich eins nicht zu vergessen: in jeder Hinsicht als Musterarbeitgeber voranzugehen. Noch immer tragen die Gewerkschaften die Hauptlast der Fürsorge für die Arbeitslosen und ihre Familien. Es ist höchste Zeit, daß ihnen dabei Staat und Gemeinde mit ihren Mitteln unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen zur Seite treten.

Deutschland hat eine Reihe glänzender Siege erfochten, die in der Geschichte der Kriege geradezu beispiellos dastehen. Es dankt sie nicht bloß der Überlegenheit durchgebildeter Führer,

die einen Feldzug wie eine wissenschaftliche Aufgabe methodisch betrachten und auf Grund dieser Betrachtung praktisch durchzuführen suchen. In dem stürmischen Siegeslauf der deutschen Geere gelangt die überlegene Organisation des Industriestaats zum Ausdruck, und schließlich, aber nicht zum wenigsten die unwiderstehliche Kraft einer Arbeiterklasse, die kämpfend ins Licht der Kultur emporsteigt. Sollte die bürgerliche Gesellschaft nur fähig sein, die sich offenbarenden gewaltigen Kräfte zum Kriege zusammenzufassen und zu organisieren? Sollte sie sich als ohnmächtig erweisen, durch ernste Maßnahmen die Existenz breiter Volkschichten zu sichern, die Stein auf Stein am Bau der Kultur fügen helfen? Sollte der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Not der Arbeitslosen an der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft scheitern, und das in den Zeiten, wo der Erfolg wider den äußeren Gegner in hohem Maße von der Überwindung der inneren Feinde — Not und Verzweiflung — abhängt? Wir fragen nur und prophezeien nicht. Die Antwort werden die Ereignisse geben.

## Die neue Mutterschaftsfürsorge in der Praxis.

Von Fr. Kleid.

(Schluß.)

Der § 199 der Reichsversicherungsordnung regelt die Schwangerenfürsorge. Die Säugung kann für Schwangere, die der Kasse mindestens 6 Monate angehören, bei Arbeitsunfähigkeit infolge der Schwangerschaft ein Schwangerengeld zubilligen in der Höhe des Krankengeldes, und zwar bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen. Sie kann aber auf die Dauer dieser Leistung die Zeit anrechnen, in der das Wochengeld vor der Niederkunft gewährt wurde. Weiter kann die Kasse Hebammendienste und ärztliche Behandlung vorsehen, die bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden. Schon das frühere Krankenversicherungsgesetz ließ eine Unterstützung der Schwangeren zu, aber nicht in diesem Umfang. Wie sieht es zurzeit mit der Ausnützung des Rechtes zur umfassenden Schwangerenfürsorge? Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin gewährt alle Leistungen, die § 199 vorsieht, mit Ausnahme der Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden durch Hebammen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow zahlt Schwangerschaftsunterstützung auf die Dauer von 6 Wochen; Dortmund auf 4 Wochen; Düsseldorf (linksrheinisch) auf 2 Wochen; Leipzig gesteht nur ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden zu; Riesa an der Elbe für jeden Entbindungsfall 6 Mk., Selnitz Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes auf 3 Wochen. Schwangerengeld in der Dauer von 2 bis 6 Wochen gewähren noch die allgemeinen Ortskrankenkassen in Kottbus, Finsterwalde, Greiz, Königsberg, Berlin-Dichtenberg, Mannheim, Neumünster, Spandau, Swinemünde, Neufelwisch, Bischofswerda.

Die Säugung der Kasse kann nach § 200 der Reichsversicherungsordnung unterstützungsberechtigten Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld zubilligen bis zur Höhe des halben Krankengeldes und bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. Das ist eine Neuerung, die die Reichsversicherungsordnung gebracht hat. Eine Anzahl Kassen hat sie sofort eingeführt. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Bamberg gewährt ein Stillgeld für vier Wochen; die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow zahlt „das halbe Krankengeld als Stillprämie von der 7. bis inklusive der 12. Woche nach der Entbindung“; die Ortskrankenkassen Bernburg das gleiche von der 7. bis 10. Woche; Dortmund in derselben Höhe auf 12 Wochen nach der Niederkunft; Finsterwalde auf 6 Wochen; Kiel bis zur 12. Woche; Lübeck auf 8 Wochen nach der Niederkunft; Lüdenscheid bis zur 6. Woche; Bischofswerda in Höhe eines Viertels des Krankengeldes auf 12 Wochen; Frankfurt a. M. in derselben Höhe auf 8 Wochen. Im weiteren gewähren noch Stillprämien die Ortskrankenkassen Kottbus, Düsseldorf (linksrheinisch), Eis-

leben (Kasse II), Greiz, Heilbronn, Solingen, Swinemünde, Wittweida, Chemnitz (wo die Kasse wegen der Kontrolle ein Abkommen mit der Säuglingsfürsorge stellte traf). Von den Groß-Berliner Krankenkassen gewähren nur sechs ein Stillgeld, darunter die beiden Landkrankenkassen von Friedenau und Wilmersdorf. Alles in allem wird nicht allzu häufig Stillgeld gewährt. Das ist bedauerlich wegen der allgemein bekannten Tatsache, daß die Säuglinge mit Brusternährung bei weitem widerstandsfähiger sind als die „Flaschenkinder“. Ein Stillgeld würde es vielen jungen Müttern erleichtern, sich ihren Säuglingen wenigstens ein paar Wochen zu widmen und zu diesem Zweck vielleicht einige Zeit die gewerbliche Tätigkeit aufzugeben.

Eine besondere Mehrleistung ist die Gewährung der Wochenhilfe auch an die nicht selbst versicherten Ehefrauen der Versicherten. Die Ortskrankenkasse für das linksrheinische Düsseldorf gewährt den nichtversicherten Familienangehörigen freie Unterbringung in Entbindungsheimen; die Ortskrankenkasse Eilenburg Geburtshilfe auch an die Ehefrauen der Mitglieder; die Ortskrankenkasse Kiel für Familienangehörige bei Lebendgeburten einen Zuschuß von 10 Mk. zu den Hebammendiensten; die Ortskrankenkasse Sonneberg einen solchen Zuschuß von 6 Mk.; die Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. an versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten als Entgelt für die erforderlich gewordenen Hebammendienste 15 Mk. und ein Stillgeld auf acht Wochen in der Höhe von 3,50 Mark für die Woche; die Ortskrankenkasse für den Saalkreis in Halle gewährt den versicherungsfreien Ehefrauen für die Hebammendienste eine Vergütung von 6 Mk.

Wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich ist, gibt es Kassen, die gleichzeitig mehrere der möglichen Mehrleistungen eingeführt haben. Die Ortskrankenkasse Mühlheim a. M. hat alle einschlägigen Neuerungen, sie hat die §§ 196, 198, 199 und 200 der Reichsversicherungsordnung in ihre Säugung übernommen. Die Ortskrankenkasse Reimscheid bezahlt die Hebammendienste mit 15 Mk., gewährt Schwangerschaftsunterstützung auf die Dauer von 2 Wochen und ein Stillgeld für 12 Wochen.

Manche Kassen kennen für die Wöchnerinnen auch Leistungen, die sich nicht in vorstehendes Schema einfügen lassen. So beträgt in Bremerhaven das Wochengeld nicht nur die Hälfte des durchschnittlichen Lohnes, den die Versicherte gehabt hat, sondern 60 Prozent, also 10 Prozent mehr. Die Allgemeine Ortskrankenkasse für das rechtsrheinische Düsseldorf gewährt als Mehrleistung an Wöchnerinnen, die eine bestimmte Zeit der Kasse angehört haben, das Wochengeld auch für die Sonntage, also für sieben Tage in der Woche. Die Ortskrankenkasse für Hildesheim teilt mit, daß sie ursprünglich eine erweiterte Mutterschaftsfürsorge im Statut vorgesehen hatte, daß jedoch das Versicherungsamt die Leistungen strich.

Im großen und ganzen erweist sich das Geschaffene noch als rechttes Stückwerk. Den Müttern des Volkes wäre bessere Fürsorge zuteil geworden, wenn Reichstag und Bundesrat die Anträge der Sozialdemokratie angenommen hätten. Sie wollten alle die aufgeführten Leistungen zur Mutterschaftsfürsorge zu unumgänglichen Pflichtleistungen der Kassen machen. Die Mittel dazu hätten beschafft werden müssen und beschafft werden können. Staat und Gemeinde dürften auch davor nicht zurückschrecken, den Krankenkassen einen Zuschuß zum Ausbau der Mutterschaftsfürsorge zu gewähren. Aufwendungen dieser Art dienen einem der allerbedeutendsten Kulturzweck.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Um die Arbeitslosigkeit nicht zu einer Gefahr für die Allgemeinheit werden zu lassen, rieten beim Kriegsausbruch einsichtige Unternehmer, nach Möglichkeit keine Arbeiter zu entlassen, ferner Halbtagschichten einzuführen, damit zunächst vielen Proletariern Gelegenheit zu etwas Verdienst gegeben sei; auch die Einhaltung der tariflichen Abmachungen wurde zugesichert. Neben diesem verständigen Verhalten macht sich aber — durch keinerlei Einsicht gezügelt und

von keinem patriotischen Bedenken angekränkt — das Bestreben breit, die Arbeitslosigkeit zur Einheimung besonderer Vorteile auszunützen. Nicht nur einzelne Freibeuter erscheinen zu diesem Zwecke auf dem Plane, sondern auch ganze Kapitalistengruppen mit ihrer brutalen Macht. Da ist die „Gnädige“, die unter Berufung auf die Kollage der arbeitenden Bevölkerung an den Arbeitsnachweis das schofste Ansuchen stellt, ihr doch eine Waschfrau für eine Mark Lohn täglich zu senden! Da sind die Grubendirektionen im Ruhrrevier, die Lohnabzüge von 10 Prozent und mehr vornehmen! Dabei können Kohlenbau und manche andere Industrie jetzt nicht einmal über geringere Beschäftigung oder niedrigeren Preis der Produkte klagen. Vollends nicht die Militäreffektensfabrikation, in der ähnliche Bestrebungen aufgetreten sind. Die Absicht der Gewerkschaften, Streiks zu verhüten, bricht an den gekennzeichneten Praktiken zusammen. Es erweist sich, daß die öffentliche Bloßstellung nicht ausreichend ist, Patrioten so eigentümlicher Art zur Ordnung und Scham zurückzurufen. Die harte Notwendigkeit zwingt die Gewerkschaften auch in diesen Zeiten zum wirtschaftlichen Kampf.

Die gewerkschaftlichen Notunterstützungen werden sehr stark in Anspruch genommen. Die Arbeitslosigkeit ist bereits jetzt ungeheuer groß und wächst noch mit jedem Tag. Manche Gewerbe sind fast völlig stillgelegt. Das Elend in den Familien der Arbeitslosen ist oft viel größer als bei den Angehörigen der im Felde Stehenden. Trotzdem wird der Arbeitsmarkt noch ohne Not in einer geradezu sinnlosen Art verschlechtert. In bürgerlichen Kreisen glaubt man seinen überschäumenden Patriotismus am besten und — billigsten dadurch zu zeigen, daß man sich zu allen möglichen Arbeiten unentgeltlich anbietet. Bei den Erntearbeiten fing der Unfug an. Pfadfinder, Jugendbündler und Wandervogel stellten sich die Erntearbeit offenbar äußerst romantisch vor. Daß die Leuten zu ernsthaftem und schwerem Schaffen nicht zu gebrauchen waren, erwies sich bald. Aber so mancher Agrarier hatte an der Sache insofern Geschmack gefunden, als er glaubte, nach Abschließung der unfähigen „Freiwilligen“ auch leistungstüchtige Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Entgelt nur für längliche Kost und armseliges Logis zu bekommen.

Die unter Beistand der Gewerkschaften eingeleitete Notaktion zur Vermittlung von Arbeitskräften nach dem Lande sollte anderen Zwecken dienen. Ihr Ziel war keineswegs, unentgeltliche Arbeitskräfte dem Landwirt zu sichern, der gerade jetzt seine Produkte zu höheren Preisen verkaufte als in gewöhnlichen Zeiten, sie wollte vielmehr einem Teil vom großen Heere der Arbeitslosen Verdienst verschaffen. Jedoch nicht nur Private, auch staatliche und städtische Behörden bevorzugten hier und da billige „Ersahleute“ und sparten in verurteilungswürdiger Weise an Arbeitskräften. An manchen Orten sündigten auch die bürgerlichen Frauen bei ihren Hilfsaktionen dadurch, daß sie mehr an eine wohlfeile „Liebestätigkeit“ und eine Zeitausfüllung für Berufslose denken, als an die Not der Arbeitslosen. In Stuttgart zum Beispiel wurden sogar „alte, schwache Damen“ aufgefordert, sich durch unentgeltliches Nähen und Stricken für die Bekleidung hilfsbedürftiger Kinder verdient zu machen, statt daß man den Besitzenden das Gewissen geschärft und sie ermahnt hätte, tiefer in den Beutel zu greifen und einige Dugend brotloser Arbeiterinnen mit der Anfertigung von Strümpfen, Hemden und Kleidern zu beschäftigen. Die einsichtigeren Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung wenden sich mit Recht entschieden gegen diese Art der Hilfsaktion. Der erhobene Tadel trifft auch die und jene Leistung beim Roten Kreuz. Aus den sehr reichen Mitteln dieser Organisation könnten sehr gut Frauen gegen Bezahlung mit der Erquickung der Truppen auf den Stationen beauftragt werden. Hier wirkt manche Dame in dem guten Glauben mit, durch ihre unentgeltliche Dienste patriotisch zu handeln, während sie in Wirklichkeit die Not vergrößern hilft. #

### Genossenschaftliche Rundschau.

Konsumvereine und Kriegszeit! Die Genossenschaften der Arbeiter haben eine Probe zu bestehen. Sie werden zeigen können, ob sie imstande sind, helfend für ihre Mitglieder in der Zeit schwieriger Lebensmittelversorgung zu wirken. In den ersten Tagen der Mobilmachung schien es, als ob auch die Mitglieder der Konsumvereine von einer übertriebenen Angst um Versorgung mit Lebensmitteln befallen seien. Es wurde planlos eingekauft. Große Konsumvereine, deren Hauptlager mit den wichtigsten Lebensmitteln unter gewöhnlichen Verhältnissen bis zum Jahreschluß versorgt war, hatten in den ersten zwei Tagen dieses Ansturmes ausverkauft, obwohl von den Geschäftsleitungen die Anweisung gegeben war, nur bis zu zwei Pfund Waren abzugeben.

Ob es gelingt, die Mitglieder in dieser schlimmen Zeit mit Waren zu möglichst billigen Preisen zu versorgen, das hängt in erster Linie von der Einsicht der Mitglieder selbst ab. Es ist zu verstehen, wenn die Frauen in Sorge um des Leibes Notdurft geraten. Was aber hier geleistet wurde, geht über die Vernunft. Die Folge davon war, daß auch der Konsumverein bald mit den Warenpreisen in die Höhe gehen mußte, weil er den Bezug neuer Waren nur gegen wesentlich höhere Preise erhalten konnte. Hätten die Mitglieder die nötige Besonnenheit behalten und wie in gewöhnlichen Zeiten eingekauft, dann hätten die ungünstigen Verhältnisse sie viel weniger schädigen können. So aber leiden gerade die ärmsten unter der nun unvermeidlichen Preissteigerung, weil sie eben nicht das nötige Geld hatten, um sich Waren in größeren Mengen einzukaufen. Dieser „Kun“ auf die Konsumvereinsläden offenbarte einen empfindlichen Mangel an dem nötigen Solidaritätsgefühl. Die große Aufregung kann freilich bis zu einem gewissen Grade als Entschuldigung dienen. Sobald beruhigende Erklärungen der Geschäftsleitungen erschienen, ließ das sinnlose Einlaufen auch sofort nach. Die Läden konnten mancherorts halbe Tage lang nicht geöffnet werden, weil Waren erst wieder beschafft und zum Verkauf zurecht gemacht werden mußten. Vom Berliner Konsumverein wird berichtet, daß sein Lager an in Betracht kommenden Waren im Werte von einer halben Million Mark in einigen Tagen ausverkauft war. Wie planlos bei den Käufen verfahren wurde, beweist die Tatsache, daß das Salz zehnpfundweise für den Familienhaushalt gekauft wurde. Dabei wird in Deutschland so viel Salz erzeugt, daß daran ein Mangel am allerwenigsten zu befürchten ist.

Die Konsumvereine haben aber jetzt ganz allgemein die Aufgabe, soviel wie möglich dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder nicht allzu hart von Warenpreissteigerungen getroffen werden. Dazu wird sicher Gelegenheit sein. Denn es ist gar keine Frage, daß der Kleinhandel die Situation benutzen wird und auch schon benutzt hat, um ein besonderes Geschäft aus der Notlage der Konsumenten zu machen. Das heißt, es wird wesentlich mehr auf die Preise geschlagen, als es dem Steigen der Preise im Großhandel entspricht. Die Konsumvereine müssen dagegen bis an die möglichst niedrigste Grenze in der Kalkulation der Warenpreise gehen. Sie werden nicht nur auf den Sonderprofit verzichten, sondern ihm in der erwähnten Form als Preisregulator entgegenwirken. Dann wird sich ganz bestimmt in vielen Fällen eine wesentliche Preisdifferenz in den Waren zugunsten der Konsumvereinsmitglieder ergeben. Eine solche Preispolitik wird aber besonders bei großen Konsumvereinen über deren Rahmen hinaus auf den Kleinhandel preisdrückend wirken, so daß man auch von einem gemeinnützigen Erfolg sprechen kann. Dadurch werden sich die Konsumvereine zugleich ein gutes Agitationsmittel zur Werbung neuer Mitglieder schaffen. H. F.

Mit dieser Nummer schließt der Jahrgang 1913/14 der Gleichheit.

Probenummern von Nummer 1 des nächsten Jahrganges stehen zur Verfügung. Wir ersuchen um möglichst umgehende Bestellung.

Wir empfehlen

## Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1913/14

und zwar Decken für das Hauptblatt und die Beilage für unsere Mütter und Hausfrauen sowie Decken für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei direkter Zusendung 30 Pf. mehr für Porto. Eitelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken unentgeltlich beigegeben.

Vollständig gebundene Jahrgänge der Gleichheit und der Kinderbeilage sind vorrätig. Preis zusammen 4 Mark.

Bestellungen nehmen die Austrägerinnen der Gleichheit sowie alle Buchhandlungen entgegen.

Vorrätig sind noch die Einbanddecken zu den Jahrgängen 1908/1909 bis 1912/1913. Preis je 1 Mark.

Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12.